Nummer 242 — 27. Jahrgang

Erscheint 6mal wöchentl. mit den Unterh. Gratisbeilagen „Die Welt" und „Für unsere kleinen Leute", sowie den Textbeilagen „St. Benno-Blatt", „Unterhaltung und Wissen", „Die Welt der Frau", „Aerztlicher Ratgeber", „Das gute Buch", „Filmrundschau", Monatlicher Bezugspreis 3 Mk. einschl. Bestellgeld, Einzelnummer 10 ₰. Sonnabend- u. Sonntagnummer 20 ₰.
Hauptschriftleiter: Dr. G. Deßczyk, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Sonntag, den 21. Oktober 1928
Verlagsort: Dresden
Anzeigenpreise: Die 1gespaltene Petitzeile 30 ₰. Familienanzeigen u. Stellengesuche 20 ₰. Die Petitreklamezeile, 89 mm breit 1 ℳ. Für Anzeigen außerhalb des Verbreitungsgebietes 40 ₰ die Petitreklamezeile 1,30 ℳ. Offertengeb. 20 ₰. Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigen-Aufträgen u. Leistung v. Schadenersatz.
Geschäftlicher Teil: Artur Lenz, Dresden.

Geschäftsstelle, Druck u. Verlag: Germania, A.-G. für Verlag und Druckerei, Filiale Dresden, Dresden-A. 1, Pollerstraße 17. Fernruf 25012. Postscheckkonto Dresden 2793. Bankkonto: Stadtbank Dresden Nr. 61719

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung
Dresden-Altstadt 1, Pollerstraße 17. Fernruf 30711 und 25017.

Um die Aenderung des Dawes-Plans

Parker Gilbert, Poincaré und Churchill beraten in Paris — Herabsetzung der Jahresleistungen?

Paris, 20. Oktober.

Der englische Schatzkanzler Winston Churchill ist gestern früh 5 Uhr unerwartet in Paris eingetroffen. Er hatte gemeinsam mit dem Generalagenten für die Reparationszahlungen, Parker Gilbert am Vormittag von 10 bis 11.20 Uhr eine Unterredung mit Ministerpräsident Poincaré über die Zusammensetzung der Finanzsachverständigenkommission, deren Bildung in Genf beschlossen worden ist. Churchill reiste am Nachmittag wieder nach London zurück. — Wie die Agentur Havas mitteilt, wird der Meinungsaustausch in dieser Frage in den nächsten Tagen zwischen sämtlichen interessierten Regierungen fortgeführt werden.

Der Besuch ist der deutschen Regierung offiziell mitgeteilt worden. Er wird in Berliner Regierungskreisen als ein Fortschritt angesehen.

London, 20. Oktober.

Dem überraschenden Besuch des englischen Schatzkanzlers in Paris wird in London größte Beachtung geschenkt. Obwohl die geringe verfügbare Zeit nur zu einer kurzen Erörterung der Reparationsfragen mit Poincaré ausreicht, nimmt man an, daß in den Pariser Verhandlungen die gegenwärtig schwebenden Fragen eine weitere Klärung erfahren werden. In den der britischen Regierung nahestehenden Kreisen glaubt man, daß auf Grund der Pariser Besprechungen die Formalitäten für die Bildung eines Sachverständigenausschusses eine weitgehende Klärung erfahren. Vielleicht wird in Paris auch die Frage entschieden, welche Regierung die Initiative in diesem Punkt ergreifen und die Bildung des Ausschusses beantragen soll.

„Times" berichtet: Parker Gilbert begibt sich von London zuerst nach Paris. Man glaubt, daß seine Londoner Besprechungen über die Ernennung eines Sachverständigenausschusses befriedigend waren. Der Weg zur Bildung des Ausschusses wird allmählich vorbereitet, und es ist wahrscheinlich, daß von jetzt ab die Erörterungen schnelle Fortschritte machen werden.

In ihrem offenbar inspirierten Artikel verbreitet sich die „Times" dann über die Rheinlandfrage und die Reparationsfrage, die nach Ansicht der Alliierten miteinander in Verbindung stehen, und erklärt, die jetzt eröffneten Besprechungen hätten zum Ziel, die der deutschen Souveränität auferlegten Einschränkungen zu liquidieren. Das Blatt sagt dann: In der Frage der Ernennung des in Aussicht genommenen Sachverständigenausschusses sind bereits gute Vorarbeiten geleistet worden, u. a. hat Baldwin während seiner Rückreise von Aix-les-Bains in Paris wichtige Unterredungen mit Poincaré und Parker Gilbert gehabt. Inzwischen ist noch eine diplomatische Frage zu regeln, nämlich welche Regierung die Initiative ergreifen und offiziell die Bildung des Sachverständigenausschusses beantragen soll. Der Standpunkt der britischen Regierung ist der, daß sie sich, solange feststeht, daß dem britischen Steuerzahler keine neuen Lasten auferlegt würden, nicht von irgendeinem Versuch fernhalten wird, die endgültige Regelung der Reparationsfrage zu beschleunigen. Diese Regelung erscheint als wesentliche Vorbedingung für diejenige Verbesserung der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland, für die die britischen Staatsmänner während so vieler Jahre gearbeitet haben. Die Ansicht der Sachverständigen des Schatzamts über die Möglichkeit einer Regelung innerhalb der nächsten sechs Monate ist nicht so optimistisch wie die ihrer französischen, ihrer deutschen und sogar ihrer amerikanischen Kollegen. Aber die empfangenen Anregungen werden aufmerksam geprüft, um festzustellen, wie weit sie angenommen werden können, ohne das oben erwähnte wesentliche Prinzip zu gefährden. Die Hauptfrage ist, ob es angebracht ist, die Festsetzung der deutschen Reparationssumme im gegenwärtigen Augenblick zu erörtern. Parker Gilbert glaubt es, und Poincaré, viele deutsche Staatsmänner und eine große Anzahl einflußreicher Amerikaner teilen seine Auffassung. Die französische Regierung, die das Mellon-Berenger-Abkommen nicht ratifiziert hat, sieht sich noch immer der Notwendigkeit gegenüber, 400 Millionen Dollars für amerikanische Kriegsanleihe im August nächsten Jahres zu bezahlen und wünscht dringend eine Regelung, die den Weg zur Kommerzialisierung der deutschen Schuld dadurch eröffnen würde, daß in nicht allzu langer Zeit die deutschen Eisenbahn- und Industrieobligationen auf den Markt gebracht werden. Und die deutsche Regierung ist sicher lebhaft an einer Regelung interessiert, die nicht nur ihre Verpflichtungen genau bezeichnen, sondern sie auch von der lästigen Kontrolle des Dawesplanes befreien würde.

Neuyork, 19. Oktober.

„New York Times" veröffentlicht an hervorragender Stelle ein Telegramm aus London, in dem behauptet wird, daß zwischen dem Generalagenten für die Reparationszahlung, Parker Gilbert, Premierminister Baldwin und Schatzkanzler Churchill eine Verständigung über die Bildung einer neuen Dawes-kommission zustandegekommen sei, deren Aufgabe es sein soll, die Reparationssumme endgültig festzulegen. Gleichzeitig veröffentlicht das Blatt eine Meldung aus Paris, in der es als wahrscheinlich bezeichnet wird, daß selbst ohne die Mitwirkung Amerikas die deutschen Jahreszahlungen auf zwei Milliarden Mark herabgesetzt werden könnten. Falls jedoch Amerika einen ausreichenden Betrag an deutschen Obligationen unterbringen könnte, werde man auf eine entsprechende Erleichterung rechnen können.

Gilbert, Leiter des Hauses Morgan?

Basel, 19. Oktober. Der Berliner Korrespondent der Baseler Nachrichten will aus „ausgezeichneter Quelle" erfahren haben, daß dem Reparationsagenten Parker Gilbert die Leitung des Hauses Morgan übertragen worden sei, und daß Gilbert noch vor dem Antritt dieser Stellung gern in Europa geordnete Verhältnisse schaffen möchte. Hiermit hingen in gewisser Beziehung auch die Besprechungen zusammen, die Gilbert gegenwärtig zur Lösung der Reparationsfrage im Auslande führe.

Eckener bei Coolidge

Washington, 20. Oktober.

Dr. Eckener ist gestern früh bei strahlendem Sonnenschein hier eingetroffen und wurde von einer großen Polizeieskorte auf Motorrädern zum Hotel geleitet. Er folgte dann mit den Offizieren des „Graf Zeppelin" der Einladung Coolidges zum Frühstück im Weißen Haus. Von amerikanischer Seite nahmen außer einigen Regierungsvertretern der Marinesekretär Wilbur, Innensekretär West und Unterstaatssekretär Clark teil. Das Frühstück dauerte etwa dreiviertel Stunden.

Nach dem Frühstück im Weißen Hause begab sich Dr. Eckener in die Privatwohnung des Präsidentschaftskandidaten Hoover und von dort aus in das Marineministerium. Außerdem stattete er dem Staatssekretär Davis und dem Handelsministerium einen Besuch ab.

Bei einem Empfang der Pressevertreter teilte Dr. Eckener mit, daß er hoffe, die an dem „Graf Zeppelin" notwendigen Reparaturen bis Dienstag zu beenden **und Mittwoch in aller Frühe zu seinem Rundflug über West- und Mittelamerika aufzusteigen. Hierbei wird er wahrscheinlich mit Henry Ford und einigen anderen Gästen an Bord Chikago überfliegen.** In der Nacht zum Donnerstag wird das Luftschiff in der Halle von East St. Louis bleiben und Donnerstag abend wieder in Lakehurst sein. **Nach Beendigung der letzten Vorbereitungen beabsichtigt Dr. Eckener, am Sonnabend die Rückfahrt nach Europa anzutreten.** Heute fährt Dr. Eckener nach Akron (Ohio) zu Besprechungen mit den Goodyear-Werken und Montag mit seinem Sohn Knud und den Navigationsoffizier Schiller nach Chikago.

Die Opfer des Pariser Einsturz-Unglücks

Bisher 12 Tote.

Paris, 20. Oktober. An der Einsturzstelle in Vincennes wurden bis gestern abend insgesamt elf Leichen gefunden. Einer der Verletzten ist im Krankenhaus gestorben. Damit erhöht sich die Zahl der Toten auf zwölf. Aus den Trümmern wurde ein weiterer Schwerverwundeter geborgen und ins Krankenhaus geschafft, wo bereits vier Verwundete sind. Sieben oder acht Arbeiter sollen noch unter den Trümmern liegen.

Begleitmusik

In Berlin finden Verhandlungen zwischen den Parteiführern über die Umbildung der Regierung in Preußen und im Reich statt. Diese Besprechungen sind vertraulich, die Presse ist auf Vermutungen angewiesen. Umso freieren Spielraum hat die Phantasie, und so erschallt denn von links und rechts aus dem Blätterwalde gar liebliche Begleitmusik, die das Verhandlungswerk beeinflussen oder stören soll. Die meisten dieser Darbietungen sind dem Zentrum gewidmet, das wieder einmal im Mittelpunkt des Interesses steht.

Zunächst hat die deutschnationale und liberale Presse wieder einmal die Entdeckung gemacht, daß das Zentrum in einer Krise steht. Diese Behauptung kehrt ja von Zeit zu Zeit so sicher wie der Mondwechsel wieder. Man könnte ja fragen, ob nicht die Sozialdemokraten wegen des Panzerkreuzers, die Kommunisten um Thälmanns willen und die Deutschnationalen bei dem Streit um die Nachfolge Westarps in Krisen geraten sind, von denen weit eher zu reden wäre. Aber just weil die Deutschnationalen eben dabei sind, den Parteivorsitzenden zu wechseln, machen sie die Entdeckung, daß auch der Parteivorsitzende des Zentrums, Reichskanzler a. D. Dr. Marx, Rücktrittsabsichten hat. Und die „Vossische Zeitung" weiß das dahin zu ergänzen, daß Marx zum Rücktritt gezwungen sei, weil er sich für Zurückhaltung gegenüber dem Kabinett Müller-Stresemann eingesetzt habe.

Man muß sich, wenn man solche Weisheiten liest, wirklich fragen: Sind diese Leute tatsächlich so dumm oder wollen sie nur die anderen dumm machen? Wir glauben eher das letztere. Die Deutschnationalen wollen die Aufmerksamkeit ablenken von ihren eigenen Nöten, und die Liberalen, die leider nur zu gut wissen, daß es in der Zentrumsanhängerschaft weite Kreise gibt, die nicht die katholische, sondern die liberale Presse halten, hoffen für eine enge Bindung des Zentrums an das Kabinett Müller Stimmung zu machen. Da werden sich die Herren freilich täuschen. Denn tatsächlich kann von einer Krise im Zentrum keine Rede sein. Die Schmerzen, in denen sich die anderen Parteien gegenwärtig winden, hat das Zentrum längst überwunden. Der Entschluß des Reichskanzlers a. D. Marx, das Amt des Parteivorsitzenden in die Hände des nächsten Parteitages zurückzulegen, ist schon vor der letzten Reichstagswahl gefaßt worden als Dr. Marx einen schweren gesundheitlichen Zusammenbruch erlitt. Die Frage der Regierungsumbildung existierte damals überhaupt noch nicht. Der Entschluß, den Dr. Marx gefaßt hat, ist nur ein Zeugnis für sein hohes politisches Verantwortungsgefühl, das es ihm unmöglich macht, ein Amt weiterzuführen, dem seine geschwächte Gesundheit nicht mehr gewachsen ist. So haben schon andere Zentrumsführer vor Marx gehandelt. Der Parteitag im Dezember wird über die Nachfolge zu entscheiden haben; wir vermuten, daß dort die Namen Joos und Stegerwald im Vordergrunde der Erörterung stehen werden. Jedenfalls ist uns wegen dieser Nachfolge gar nicht bange; der Rat und die Mitarbeit von Dr. Marx wird seinem Nachfolger die wertvollste Hilfe sein.

Den eigentlichen Zweck dieser Krisenmeldungen erkennt man, wenn man das erbitterte Geschimpf hört, das dem in Preußen „drohenden" Konkordat gewidmet wird. Auch diese Artikel sind Begleitmusik zur Regierungsbildung, denn die Konkordatsfrage dürfte in diesen Verhandlungen eine nicht unbeträchtliche Rolle spielen. Am wütendsten gebärdet sich in Sachsen die sozialdemokratische Presse, aber wir glauben zu wissen, daß von sozialistischer Seite in Preußen am wenigsten Schwierigkeiten zu erwarten sind. Eher schon von den Demokraten, die sich hinter ihren Finanzminister Höpker-Aschoff stecken und von den riesigen Kosten fabeln, die das Konkordat angeblich verursachen wird. Am vorsichtigsten wird man gegenüber der Deutschen Volkspartei sein müssen, deren Sport es bekanntlich ist, die kulturpolitischen Wünsche des Zentrums zu durchkreuzen. Aber diese Partei hat die Hilfe des Zentrums nötig, um in Preußen in die Regierung zu kommen. Diese Partei wünscht ferner im Reiche eine feste Koalition, um nicht allein mit Demokraten und

Heute:

Die Welt (Illustrierte Wochenbeilage)
Unterhaltung und Wissen
Filmrundschau
Turnen, Sport und Spiel